

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Cansu Özdemir, Dr. Carola Ensslen, Deniz Celik, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Metin Kaya, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Heike Sudmann, Insa Tietjen und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Corona-Krise kann nur in gemeinsamer Verantwortung bewältigt werden – Demokratie und Beteiligung mit einer Corona-Kommission sicherstellen!**

Die Bundeskanzlerin, Angela Merkel, sprach in Bezug auf den Ausbruch des Coronavirus COVID-19 von „der schlimmsten Katastrophe für unser Land seit Ausbruch des 2. Weltkrieges“. Mit Verabschiedung der Senatsdrucksache zur Aussetzung der Schuldenbremse hat die Bürgerschaft sogar „eine Naturkatastrophe“ festgestellt.

Sicher ist, dass die COVID-19-Epidemie eine schwere Krise für unser soziales, gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben ausgelöst hat, deren Folgen für viele existenzbedrohend, Angst machend und zutiefst verunsichernd sind und unüberschaubare und zum jetzigen Zeitpunkt schwer einzuschätzende Auswirkungen auf unser weiteres Zusammenleben nach sich ziehen.

Wir haben viele Tote zu beklagen und sind mit einem sich rapide verbreitenden Virus konfrontiert, dessen Wirkungsweise und Bekämpfung noch relativ wenig erforscht sind. Daher gab es eine breit getragene Akzeptanz, sowohl im Parlament, als auch in der Hamburger Bevölkerung, der zahlreichen Maßnahmen, die unser öffentliches Leben, Arbeiten und schulisches Lernen nahezu auf null gesetzt, Grundrechte eingeschränkt und unser privates Umfeld massiv reduziert haben.

Erklärtes Ziel all dieser Maßnahmen war und ist es, unser Gesundheitssystem nicht zu überlasten und daher die Kurve neuer Infektionen möglichst flach zu halten.

Die Corona-Krise offenbart aber auch eine Krise unseres überwiegend privatisierten Gesundheitssystems, getrimmt auf Fallpauschalen und hohe Renditeerwartung und damit einhergehender unzulänglicher Ausstattung und Pflegebedingungen.

Die Corona-Krise verschärft die soziale Spaltung in der Stadt. Ihre verheerenden Folgen treffen diejenigen Menschen besonders hart, die bereits auf besondere Unterstützung angewiesen sind, und die Familien, die sich mit ihren Kindern in beengten Wohn- und prekären Lebensverhältnissen befinden. Ganz besonders deutlich werden diese sozialen Divergenzen im sogenannten Homeschooling und in den eingeschränkten Angeboten in Kitas und Jugendhilfeeinrichtungen.

Verständlich ist daher der Ruf nach baldigen Lockerungen der Schul- und Kitaschließungen, der Kontaktverbote und vieler weiterer sportlicher und kultureller Angebote bis hin zur Wiederaufnahme der Arbeit, des Betriebes, des Geschäftes und vieles mehr.

Angesichts der beschriebenen Größe des Problems reicht es nicht, dass der Senat allein die nächsten kurz-, mittel- und langfristigen Entscheidungen darüber trifft, welche Exit-Strategie die richtige ist und welche Maßnahmen sinnvoll erscheinen, um sukzessive aus der Krise herauszufinden und dabei die Stadtgesellschaft zu beteiligen und mitzunehmen.

Die Opposition der demokratischen in der Bürgerschaft vertretenen Parteien hat bisher nach der Maxime „Krisenbewältigung durch gemeinsame Verantwortung“, trotz einzelner Vorbehalte und Bedenken, die vom Senat getroffenen Entscheidungen in Form der etlichen Allgemeinverfügungen mitgetragen, verzichtet weitgehend auf ihr Recht, Anfragen an den Senat zu richten, und hat dem Senatsantrag auf Aussetzung der Schuldenbremse zugestimmt, obwohl es keine parlamentarische Beratung gab und der zeitliche Vorlauf sehr überschaubar war.

Das kann aber kein Dauerzustand werden. Im Gegenteil, die wirksame und nachhaltige Bewältigung dieser Krise braucht mehr Demokratie und nicht weniger.

Und da sie nahezu jeden einzelnen Hamburger und jede einzelne Hamburgerin betrifft und alle gemeinsam an einer guten Lösung mitarbeiten müssen, braucht der Senat ein zusätzliches Gremium, in dem sowohl er als auch die Opposition, aber auch Vertreter/-innen aus Wissenschaft und der Zivilgesellschaft zusammenkommen, um gemeinsam über die folgenschweren Auswirkungen der Krise zu beraten und sich an tragbaren und vertretbaren Bewältigungsstrategien dieser Krise zu beteiligen.

### **Die Bürgerschaft möge beschließen:**

#### **Der Senat wird aufgefordert,**

1. eine Corona-Kommission ins Leben zu rufen, die zusammengesetzt ist aus Vertretern/-innen des Senates, der Regierungs- und Oppositionsfraktionen, aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft. Dazu gehören Vertretungen der Geistes-, Rechts- und Naturwissenschaften und aus Gewerkschaften, Kammern, Arbeitgeber-/innenverbänden, Umweltverbänden, Wohlfahrtsverbänden, Interessensvertretungen (Pflegebündnis) und migrantischen Selbstorganisationen.
  - Sie tagt mindestens zweimal pro Monat und hat die Aufgabe, auf Grundlage valider Daten und wissenschaftlicher Erkenntnisse kurz-, mittel- und langfristige Strategien und Maßnahmen zur wirksamen und nachhaltigen Bewältigung dieser Krise zu erarbeiten.
  - Geplante Maßnahmen des Senates werden der Corona-Kommission mit der Bitte um Stellungnahme übersandt.
  - Darüber hinaus wird sie beauftragt, in eingehender Analyse der Krise Konsequenzen aus dieser zu ziehen und daraus ableitend Vorschläge für nachgelagerte politische Entscheidungen zu erarbeiten. Dazu gehört auch, einen Vorschlag für ein Präventionsprogramm in Anbetracht möglicher zukünftiger Krisen ähnlichen Ausmaßes vorzulegen.
  - Angedacht sind eine Größe von 20 bis 25 Mitgliedern und mindestens ein Zeitraum der Arbeit von einem Jahr.